

Betrachtungen zur "Goldsborough-Bill"

Autor(en): **Bosshardt, Alfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **12 (1932-1933)**

Heft 5-6

PDF erstellt am: **04.01.2016**

Persistenter Link: <http://dx.doi.org/10.5169/seals-157535>

Nutzungsbedingungen

Mit dem Zugriff auf den vorliegenden Inhalt gelten die Nutzungsbedingungen als akzeptiert. Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die angebotenen Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungshinweisen und unter deren Einhaltung weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

man ja nicht zufällig Bundesrat Mury den Vorsitz in dem Ausschuss übertragen, der das Unterdrückungswerk ausarbeiten sollte!). Die Schweiz sieht und fällt mit dem Begriff der Volksfreiheit, der keine dynastischen, oder hinter solchen verborgenen ultramontanen Interessen übergeordnet sein dürfen. Es scheinen im Bundesrat selbst starke Widerstände gegen das Mitmachen der Schweiz vorhanden zu sein. Diese Frage der Beteiligung am Lausanner Anleiheprotokoll wird denn auch zum Prüfstein dafür werden, wie es mit unserer obersten Landesbehörde heute steht. Auf alle Fälle sollte man sich im Bundeshaus Rechenschaft darüber ablegen, daß man in Volk und Öffentlichkeit heute genau darauf sieht, was in Bern geschieht und für mangelndes politisches Schamgefühl empfindlich ist; wie es etwa im Lande herum auch lieber gesehen worden wäre, wenn die Schweiz bei der Resolution, die vor der Welt das Scheitern der Abrüstungskonferenz verschleiern soll, sich zum mindesten der Stimme enthalten und nicht einfach wieder an die Rockschöße der für dieses Scheitern verantwortlichen Machthaber von heute gehängt hätte. Der so immer tiefer aufklaffende Widerspruch zwischen Worten und Taten ist wenig geeignet, das Vertrauen zu unserer Staatsführung zu stärken.

Betrachtungen zur „Goldsborough-Bill“.

Von Alfred Bockhardt, Uzwil.

1.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat beschlossen, die Kaufkraft des Dollars auf der Basis der durchschnittlichen Großhandelspreise der Jahre 1921 bis 1929 zu stabilisieren. Die Zeitungsberichte lassen leider nicht erkennen, welche Mittel und Wege die hohe gesetzgebende Körperschaft für zweckmäßig erachtet, um dieses Stabilisierungswerk zu vollbringen, so daß man in dieser Hinsicht einstweilen auf Vermutungen angewiesen ist. Deuten die gleichzeitigen Meldungen über die gewaltigen Abstriche, die das gleiche Haus an den Sparmaßnahmen der amerikanischen Regierung gemacht hat, auf eine Inflation ganz gewöhnlichster Prägung hin, oder handelt es sich um einen spontanen Durchbruch quantitätstheoretischer Anschauungen in die Politik? Die Zeitungen geben darüber keine Auskunft. Aber auch das Gesetz selbst scheint keinerlei konkrete Anweisungen zu enthalten, wie diesem überraschenden Drang nach Neuorientierung des Geldwesens Folge zu geben sei. Ebenso erheiternd als im höchsten Maße beunruhigend ist aber die weitere Meldung, daß die Aufstellung eines währungspolitischen Postulates, über dessen theoretische Fundierung und praktische Realisierung sich die Gelehrten und Fachleute seit mindestens zweihundert Jahren in

den Haaren liegen, durch die Volksvertretung der Vereinigten Staaten nach bloß 40 minütiger Diskussion erfolgte! Mit ähnlichem Schneid könnte etwa der schweizerische Nationalrat in 40 Minuten die Abschaffung der Goldwährung und Ersetzung derselben sagen wir beispielsweise durch das „Freigeld“ Silvio Gesells zum Gesetz erheben: das Mißverhältnis zwischen dem Gedankenaufwand, der dem Beschluß voranginge, und den Konsequenzen desselben für die Wirtschaft des Landes im Falle seiner Verwirklichung könnte im zweiten Falle nicht viel größer sein als im ersten. Die Leichtfertigkeit, mit welcher heute in Amerika grundlegende Änderungen des Geldwesens provoziert werden, muß jeden, der sich diesem schwierigen Fragenkomplex je genähert hat, in Erstaunen versetzen.

Die Forderung, das Geldwesen so zu organisieren, daß eine feste Kaufkraft der Geldeinheit gegenüber den Waren garantiert werden kann, ist freilich in Amerika nicht neu. Schon vor dem Kriege hat eine namhafte Richtung unter den amerikanischen Nationalökonomien, unter Führung Prof. Irving Fishers von der Yale-Universität, die Forderung nach einem kaufkraftbeständigen Dollar erhoben. Fishers grundlegendes Werk über die Kaufkraft des Geldes, 1916 unter Leitung Prof. Stephan Bauers auch der deutschsprachigen Öffentlichkeit zugänglich gemacht, welches zwar in Europa und namentlich in Deutschland überwiegend Ablehnung erfuhr, sich aber in angelsächsischen Ländern ohne Zweifel einen bedeutenden Einfluß bewahrt hat, enthält auch bereits die Grundzüge einer kaufkraftbeständigen Dollarwährung.

Amerika zögerte nicht, die Errungenschaften der sog. neuen, bereinigten Quantitätstheorie in die Praxis umzusetzen. Wir entnehmen der interessanten Studie Dr. Alexander Schleidts über die Kooperation der Notenbanken, daß der Federal Reserve Board in den sieben Jahren, die dem Zusammenbruch des Preisniveaus im Jahre 1929 vorausgingen, eine bewußte Politik der Stabilisierung der Großhandelspreise betrieb. Die Mittel, welche die höchste Währungsbehörde der Vereinigten Staaten zu diesem Zwecke anwandte, waren dieselben, mit denen sie ihre Goldbestände verteidigt und den Notenumlauf reguliert: die Diskontpolitik und die sog. open market operations, d. h. Käufe und Verkäufe von Handelswechseln und Staatspapieren. Bis zu welchem Grade die relative Konstanz der Großhandelspreise in diesen Jahren tatsächlich auf diese Politik des Federal Reserve Board zurückzuführen war, dürfte sehr schwer zu entscheiden sein; Tatsache ist jedenfalls, daß dieser erste Versuch einer Wertstabilisierung des Goldes der Hochkonjunktur des Jahres 1929 und dem darauffolgenden Zusammenbruch erlag, nicht zuletzt zufolge des gewaltigen Zustromes europäischer Kurzgelder. Dieses Fiasko zeigt jedenfalls das eine, daß dem Problem mit den traditionellen Methoden der Notenbankpolitik allein nicht beizukommen war.

Trotz dieses eklatanten Mißerfolges hat die Idee eines wertbeständigen Geldes in den angelsächsischen Ländern seither noch mächtig an Boden ge-

wonnen. Die eindrücklichste Dokumentierung dafür, zugleich die eingehendste Untersuchung der banktechnischen Voraussetzungen findet sich im Macmillan-Bericht, in welchem die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes geradezu als das währungspolitische Grundproblem der Zukunft aufgefaßt wird. Eine Kommission von Politikern, Gelehrten und Bankdirektoren, unter denen sich einige der besten Köpfe der englischen Finanzwelt befinden, bekennt sich hier zum ersten Mal zur Idee des kaufkraftstabilen Geldes, nicht ohne Widerspruch einer gewichtigen Minderheit allerdings. Es ist kein Zweifel, daß die Aufgabe des Goldstandards der Idee des wertstabilen Geldes gerade in England selbst seither gewaltigen neuen Auftrieb verschafft hat.

Wir gehen daher wohl kaum fehl, wenn wir in der „Goldborough-Bill“ letzten Endes ebenfalls eine Auswirkung Fisher'scher Gedankengänge erblicken. Das prinzipiell Neue und Interessante dieser Bill ist nun aber gerade, daß zum ersten Mal eine gesetzgebende Behörde eines führenden Staates zu einem fundamentalen Postulat der neueren Währungstheorie Stellung nimmt, und zwar in positivem Sinne, und dieses damit aus der Sphäre rein akademischer (und demagogischer) Diskussion in den Bereich politischer Aktion heraushebt. Dies verdient immerhin festgehalten zu werden, auch wenn, wie uns aus Amerika übereinstimmend versichert wird, die Bill keinerlei Aussicht auf praktische Verwirklichung haben sollte.

Andererseits wäre es aber zweifellos falsch, die prinzipielle Bedeutung dieser Gesinnungsäußerung des amerikanischen Parlamentes zu überschätzen. Es liegt ja auf der Hand, daß der Gedanke der Kaufkraftstabilisierung des Dollars in diesem Falle nur Gesetz werden konnte, weil Stabilisierung hier gleichbedeutend ist mit erheblicher Senkung der Kaufkraft, d. h. also eine bedeutende Erhöhung des allgemeinen Preisstandes bedeutet. Nicht das Geldwesen soll im Grunde auf eine neue Basis gestellt, sondern das Preisrad, das seit 1929 die Volkswirtschaft der Staaten zu zermalmen droht, rückwärts gedreht werden. Hinter der Forderung auf Kaufkraftstabilisierung sehen wir die große Masse der Farmer und Rohstoffproduzenten, die alle von einer allgemeinen Preiserhöhung nur Vorteile zu erwarten haben. Zu ihnen gesellen sich Tausende von Banken, deren Aktiven eingefroren sind, und welche ebenfalls nur von einer Redeflation eine gründliche Auftauung ihrer Kredite erwarten können. Für sie alle dürfte die Forderung eines wertstabilen Dollars im wesentlichen Vorwand sein. Stabilisierung der Kaufkraft, jawohl, aber nur nach vorheriger Senkung derselben auf das Niveau der Prosperity-Periode!

2.

Welche Mittel und Wege stehen nun dem amerikanischen Parlament zur Erreichung seiner Ziele zur Verfügung?

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, wie die Währungstheoretiker der Vorkriegszeit sich eine Dollarwährung mit stabiler Kaufkraft vorstellten. Irving Fisher selbst faßt die Grundidee seines Reform-

projektes in einem Satz wie folgt zusammen: „Wir haben jetzt einen Dollar mit festem Gewicht (25,8 Gran), aber veränderlicher Kaufkraft; nach dem von mir vorgeschlagenen Plan erhielten wir einen solchen von veränderlichem Gewicht, aber von feststehender Kaufkraft.“ Also Goldwährung mit veränderlichem Münzfuß! Anstelle der Beweglichkeit des allgemeinen Preisstandes Beweglichkeit des Wertmaßes, in welchem die Preise ausgedrückt sind. Zeigt also zum Beispiel die Indexberechnung, daß die Großhandelspreise um einen gewissen Prozentsatz angezogen haben, was nichts anderes bedeutet, als daß die Kaufkraft des Goldes, in Waren ausgedrückt, im selben Verhältnis zurückgegangen ist, so erfolgt als Gegendruck unverzüglich eine proportionale Herabsetzung des Goldpreises. Anders ausgedrückt: das virtuelle Goldmünzgewicht des Dollars wird erhöht, und zwar solange, als die Preise steigende Tendenz zeigen.

Das System setzt selbstverständlich voraus, daß das Gold aufhört, in Münzform zu zirkulieren, sondern als Barrengold in den Kellern der Notenbanken zentralisiert und damit seiner eigentlichen Zweckbestimmung als internationales Zahlungsmittel zurückgegeben wird. Der Plan setzt also Übergang von der in den Vereinigten Staaten heute, wenigstens de iure noch herrschenden Goldaumlaußwährung zur Goldbarrenwährung, von Fisher fälschlicherweise Goldbevisenwährung bezeichnet, voraus.

Es kann nun aber natürlich keine Rede davon sein, daß Veränderungen im Münzgewicht der Dollareinheit automatisch eine preisregulierende Wirkung ausüben könnten. Vielmehr kann der davon ausgehende Preisgedruck nur auf dem Umwege der Kreditausweitung oder Kreditkontraktion vorgestellt werden. Die Goldpreissenkung, um bei unserem Beispiel zu bleiben, entwertet die Goldreserven der Notenbanken im Verhältnis zum Notenumlauf; sie ist also das Signal für eine Reduktion dieses letzteren und damit des gesamten Kreditvolumens, und diese ist es, welche letzten Endes die erstrebte Gegenbewegung der Preise auslösen muß.

Andererseits schließt das Prinzip eines veränderlichen Goldmünzfußes eo ipso die Preisgabe einer festen Parität gegenüber den Valuten der anderen Goldwährungsländer in sich. Eine einseitige Herabsetzung des Goldpreises in Amerika bedeutet also ohne weiteres eine entsprechende Erhöhung der intervalutarischen Parität des Dollars und damit der Goldpunkte, welcher Bewegung sich die tatsächliche Kursgestaltung zwangsläufig alsbald anpassen muß. Obschon Fisher auf diese Seite der Frage nicht weiter eintritt, ergibt sich diese Ausdeutung mit zwingender Notwendigkeit aus dem Grundgedanken seines Planes. Vom Standpunkt der nicht kaufkraftstabilisierten Goldwährungsländer aus gesehen, würde darnach also die Dollarparität ungefähr mit der Bewegung der eigenen Großhandelspreise parallel verlaufen.

Wir verweilten absichtlich länger bei diesem interessanten Plane einer beweglichen Goldwährung, nicht weil wir glauben, daß etwa Amerika in nächster Zukunft diese Wege beschreiten könnte, sondern um anzudeuten,

in was für heillose Schlingen sich die Politik des Repräsentantenhauses, wenn man sie bis zu ihren letzten Konsequenzen durchdenkt, zu verfangen droht. Denn es kann ja nicht zweifelhaft sein, daß bei Aufgabe des Prinzips der festen Parität der amerikanische Dollar ein- für allemal als internationales Zahlungsmittel ausschaltet und zum Spielball der Spekulation werden muß. Obschon hier an dem Grundsatz der Goldeinlösung an und für sich festgehalten wird, so ist doch klar, daß die Goldpreispolitik des Federal Reserve Board in höchstem Maße Gegenstand spekulativer Erwägungen werden müßte. Damit müßte aber der Dollarmährung eine Gefahr erwachsen, welche sich in Anbetracht des gewaltigen Umfangs, den in der Nachkriegszeit internationale und selbst interkontinentale Fluktuationen von Kurzgeldern angenommen haben, sich leicht als untragbar erweisen und dem ganzen Plane der Kaufkraftstabilisierung zum Verhängnis werden könnte.

3.

Die Stabilisierung des Dollars auf die mittlere Kaufkraft der Jahre 1921/29 würde nach dem Plane Irving Fishers eine Kreditausweitung, verbunden mit einer sukzessiven Abwertung seines virtuellen Goldgehaltes um schätzungsweise 20—30 %, bedingen, entsprechend der seitherigen Senkung der Welt handelspreise. Ob Fisher selbst einem solchen Projekt zustimmen würde, muß dahingestellt bleiben. Denn ohne Zweifel ist es nicht dasselbe, die Kaufkraft einer Geldeinheit auf einem bestehenden Niveau zu stabilisieren, oder auf einem vergangenen, verlorenen, zurückgewünschten, wie es hier der Fall ist, besonders wenn die allgemeine Richtung der Preise der Stabilisierungstendenz entgegensteht. Aus demselben Grunde muß es auch zweifelhaft erscheinen, ob unter den heutigen Umständen ein derartiges Unternehmen überhaupt mit einigem Erfolg durchgeführt werden könnte. Die bisherigen Erfahrungen des Federal Reserve Board und der Reconstruction Finance Corporation deuten jedenfalls nicht darauf hin, daß auf dem Wege einer Krediterpansion eine Stabilisierung der Großhandelspreise auf einem 20—30 % höheren als dem jetzigen Niveau erreichbar wäre.

Bleibt noch als letzter Ausweg derjenige der klassischen Inflation, wie ihn alle europäischen kriegsführenden Länder mehr oder weniger gegangen sind: Benützung der Notenpresse zur Deckung des Zweimilliarden-Defizites, Verzicht auf neue Steuern, wenn nicht Herabsetzung der alten. Es ist dies ohne Zweifel der sicherste Weg, den Preisstand eines Landes in kurzer Zeit wesentlich zu erhöhen. Ebenso sicher ist, daß über kurz oder lang die intervalutarische Parität des Dollars der neuen Preislage angepaßt werden müßte. Der Weg der Noteninflation unterscheidet sich von den oben erörterten Möglichkeiten nur in den Methoden: anstelle einer planvoll gedachten, wenngleich im Erfolg fragwürdigen schrittweisen Preis- und Kursgestaltung setzt er das Chaos einer entfesselten Ordnung mit aller Ungewißheit, wie und wann der Bewegung einmal wieder Halt geboten werden

kann. Im einen oder anderen Fall würde aber der Dollar, wenigstens vorübergehend, aus der Gemeinschaft des internationalen Goldstandards ausscheiden. Es zeigt sich hier eben, was der Mehrheit der die „Goldsbrough-Bill“ beschließenden Parlamentarier sicher nicht gegenwärtig war, daß die Erhaltung einer festen Kaufkraft und die Erhaltung fester intervalutarischer Kurse für die Währung eines einzelnen Landes unvereinbare Gesichtspunkte sind. Eine Vereinigung beider Grundsätze läßt sich nur auf internationalem Boden verwirklichen, durch eine gemeinsame, an den Großhandelspreisen orientierte Goldpreispolitik sämtlicher dem Goldstandard angeschlossenen Staaten, bei gleichzeitiger Erhaltung fester intervalutarischer Paritäten untereinander. Es ist vielleicht die Aufgabe des 20. Jahrhunderts, dem Geldwesen in diesem Sinne eine neue, höhere und umfassendere Ordnung zu geben. Bis dahin bleibt dem einzelnen Goldwährungsland nichts anderes übrig, als entweder auf eine feste Kaufkraft seiner Geldeinheit zu verzichten, oder aber aus der Gemeinschaft der Goldwährungsländer auszuschneiden.

Die großalemannische Bewegung.

Von **Moritz Silber**, Augsburg.

Diese Bewegung hat natürlich nichts zu tun mit den rein literarischen und schöngeistigen Kreisen, die sich um die Alemannenwoche in Freiburg im Breisgau sammeln. Die großalemannische oder großschwäbische Bewegung ist eine durchaus politische Bewegung, welche sich den Zweck gesetzt hat, alle alemannischen Länder des Deutschen Reiches bei einer künftigen Reichsreform innerhalb derselben Grenzen zusammenzufassen, wozu dann später noch Vorarlberg und der alemannische Westen von Tirol treten würden. Gerade in Vorarlberg ist das alemannische Stammesempfinden sehr lebhaft. Bei einer Tagung des Wirtschaftsverbandes Schwaben-Vorarlberg im Herbst 1927 zu Dornbirn sagte der Landesstatthalter Dr. Redler in einem Trinkspruch: „Ich trinke auf ein Groß-Schwaben, das innerhalb eines geeinigten Deutschen Reiches bis zum Arlberg und zu der Silvretta reicht.“ Jedenfalls ist die Auffassung bayrischer Stellen, der Weg Österreichs ins Reich führe, wie kürzlich eine Münchner Zeitung schrieb, über München, durchaus irrig. In Tirol und Vorarlberg ist Bayern nicht beliebt. Die zehn Jahre, in welchen Bayern im Bunde mit Frankreich Tirol und Vorarlberg in Besitz hatte, haben unauslöschliche Eindrücke hinterlassen, die allerorts noch im Volke lebendig sind.

Der Hauptherd der großalemannischen Bewegung im Deutschen Reich ist Baiisch-Schwaben, und ihre Anhänger behaupten, schon heute sei ihr die Mehrheit der dortigen Bevölkerung gewonnen. Schon mehrfach, be-